Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Bredenfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bei ir., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 215 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto | Halver Montag, den 14. September | Erscheint: wöchentlich 6 mal — Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" Herd und Scholle". — „Für unsere Frauen" und „Am Abend" — | 1931

Weltkrise und Abrüstung

Das Schlußwort in Genf.

Daß als vierter und letzter Redner der europäischen Großmächte der deutsche Außenminister das Schlußwort in der Generaldebatte des Völkerbundes hatte, war für die deutsche Vertretung vor dieser Versammlung entschieden ein Vorteil. Dr. Curtius hat ihn genützt, — natürlich in den Formen, die von der „Diplomatie" und dem langjährigen Gebrauch in Genf nun einmal vorgezeichnet sind. Aber auch in diesem Rahmen konnte er über höflich-vorsichtige Andeutungen hinausgeben und sagen, daß die Völker vom Völkerbund Auswege aus der Wirtschaftsnot und greifbare Ergebnisse in der Abrüstungsfrage erwarten; bisher habe — eine richtige und deutliche Kritik! — kein Redner „die ernste Frage zu bejahen gewagt, ob die bisherigen Ergebnisse in Genf den Forderungen der Gegenwart einigermaßen gerecht werden"; man sei sich vielmehr „einig darüber, das alles Wirkliche noch zu tun bleibt"!

Darum wendet sich Curtius gerade den wirtschaftlichen Notfragen der Gegenwart zu, an denen tags zuvor Briand fast achtlos vorüberging. Die letzte Hoffnung, der „Prüfstein" sei, ob nun wenigstens der Europa-Ausschuß die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker bringen könne. Diese hänge aber wieder, wenn sie wirklich zum Erfolg führen solle, von einer endgültigen Regelung der Schulden „politischen Charakters" ab, die nicht nur zur Zerrüttung der weltwirtschaftlichen Beziehungen, sondern geradeswegs schon zu einer Gefährdung der Goldwährung geführt hat. Dieses internationale Schuldenproblem „erfordert eine Gesamtleistung, die der Krise wirklich ein Ende macht" und sofort und entschlossen in Angriff genommen werden müsse. Voraussetzung dabei freilich ist das endliche Wiederherstellen eines gegenseitigen internationalen Vertrauens auf dem Boden einer gegenseitigen verständnisvollen Anerkennung der Interessen und Auffassungen. Dr. Curtius spricht nicht davon, aber die Versammlung weiß, was hier angedeutet ist: Das Schicksal der Zollunion und die Behandlung, die Frankreich im Besitz des Goldes notleidenden Staaten jetzt widerfahren läßt oder lassen will. Von „Gerechtigkeit und Gleichberechtigung ist da vorläufig nichts zu sehen.

In der Abrüstungsfrage hat Dr. Curtius den deutschen Rechtsanspruch wieder geltend gemacht, daß laut Versailler Vertrag die Entwaffnung Deutschlands der erste Schritt für die allgemeine Abrüstung sein solle. Unbedingte Streitschlichtung selbst bei schwersten Konfliktsfällen und Abrüstung seien „die entscheidenden Mittel zur Erhöhung der Sicherheit", äußert Dr. Curtius in Übereinstimmung mit Italiens Vertreter und — gegen Briand. Und der Schlußstein einer Friedensorganisation sei: erst eine vorherige Ausgleichung der Rüstungen; denn militärische Schutzlosigkeit gegenüber stark gerüsteten Nachbarn lastet auf der Seele einer Nation. Wie schwer, das „weiß jeder Deutsche, der die Auswirkungen solcher Zustände am eigenen Volke beobachte".

Auch das war ein Schlußwort: der Völkerbund hat es in der Hand, ob er „in der brennenden Frage der Abrüstung zu greifbaren Ergebnissen kommt", auf die die Völker warten.

*

„Alles Wichtige bleibt noch zu tun."

Curtius vor der Vollversammlung des Völkerbundes.

In der Vollversammlung des Völkerbundes hielt Reichsaußenminister Dr. Curtius seine mit Spannung erwartete Rede: Die Lage der diesjährigen Bundesversammlung, so führte er aus, wird vor allem durch zwei Tatsachen bestimmt: Durch die furchtbare wirtschaftliche Notlage, in der sich die meisten Länder befinden, und durch das Bevorstehen der Abrüstungskonferenz.

Ich glaube aber, daß die Völker, deren Augen auf Genf gerichtet sind, vor allen Dingen wissen wollen, ob die hier versammelten Staatsmänner imstande sind, einen Ausweg aus der Not zu finden oder wenigstens vorzubereiten und ob wir ihnen berechtigte Hoffnungen darauf machen können, daß es in der brennenden Frage der Abrüstung zu greifbaren Ergebnissen kommt.

Dr. Curtius gab dann einen ins einzelne gehenden Überblick über die kritischen Ereignisse wirtschaftlicher und finanzieller Art im Ablauf des letzten Jahres. Er kennzeichnete die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern, die sich im kommenden Winter in einer noch nicht absehbaren Weise steigern wird zu einem Heer von Mutlosen und Verzweifelnden, die radikalen und revolutionären Einflüssen nur zu leicht zugänglich sind. Niemand darf sich darüber täuschen, daß die Erde bebt, auf der der Bau unseres heutigen wirtschaftlichen und Währungssystems sowie unsere Kultur errichtet ist. Daß der Völkerbund und seine Organe an einer so außerordentlichen Lage und den Gefahren, die sich vor uns eröffnen, nicht achtlos vorübergegangen sind, ist selbstverständlich. Es erhebt sich aber die ernste Frage, ob die bisherigen Ergebnisse den dringenden Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden. Soviel ich sehe, hat keiner meiner Vorredner das zu bejahen gewagt. Ich glaube deshalb, wir sind uns einig darüber, daß alles Wichtige noch zu tun bleibt.

Curtius behandelte dann die

Arbeit des Europa-Ausschusses,

deren wichtigstes Ergebnis der Bericht der Wirtschaftssachverständigen sei. Die Regierungen müssen unter dem Druck der Interessenten bereits unverzüglich an die Aufgabe herantreten,

den Gedanken des wirtschaftlichen Zusammenschlusses

so umfassend wie möglich schon in nächster Zeit in die Wirklichkeit umzusetzen. Auch das Problem der Zollpräferenzen für Getreide, das zur praktischen Lösung drängt, ist ein solcher Prüfstein für die Zusammenarbeit im Völkerbund. Ich möchte der Erwartung Ausdruck geben, daß es gelingt, diesen Plan, der sich nach langen Kämpfen durchzusetzen verspricht, zur Annahme zu bringen, indem sich auch die außereuropäischen Länder davon überzeugen, daß die Hebung der Kaufkraft in den europäischen Ländern im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft schließlich auch ihnen zugute kommt. Vielleicht aber ist es möglich, ohne langwierige Prüfung oder neben ihr alsbald auf einem Sondergebiet zu praktischen Maßnahmen zu gelangen, die den außereuropäischen Ländern in erster Linie zugute kommen. Ich denke dabei an Produktionseinschränkungen und Regelungen in ihrer Landwirtschaft.

Die Krise der Landwirtschaft

ist ja noch tiefer als die der Industrie. Nur internationale Zusammenarbeit ist imstande, wirkliche Hilfe zu leisten. Bei den in Betracht kommenden land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen würden vorwiegend außereuropäische Länder unmittelbare Vorteile erhalten, während die europäischen Abnehmerländer des Zwanges enthoben würden, zum Schutz der eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse Prohibitivmaßnahmen zu treffen, also Zölle von unübersteiglicher Höhe oder Einfuhrverbote. Curtius behandelte darauf

die finanziellen Probleme der Krise.

Wir stehen vor einer Verwirrung der ganzen internationalen Geld- und Kreditwirtschaft. Die Geldgeber haben bei der Gewährung der Kredite, die ihnen jahrelang hohe Zinsen brachten, damit rechnen müssen, daß sie in der Wirtschaft der kapitalarmen Länder häufig nicht unmittelbar liquide angelegt werden würden. Die Empfänger der Kredite durften daher begreiflicherweise eine Art stillschweigenden Einverständnisses darüber annehmen, daß ihnen diese nicht plötzlich und nicht gerade zu einer Zeit gekündigt werden würden, wo sie ihrer am meisten bedurften.

Die gewaltigen politischen Zahlungen

von Land zu Land erfolgten ohne wirtschaftliche Gegenleistungen. Eine Fortdauer dieser Entwicklung, d. h. die Ermöglichung der Zahlung politischer Schulden durch Drosselung der Einfuhr und forcierte Steigerung der Ausfuhr der Schuldnerländer, mußten nicht nur für diese, sondern für die gesamte Weltwirtschaft die verderblichsten Folgen haben. Das hat auch der Bericht des von der Londoner Konferenz eingesetzten Sachverständigenausschusses (Layton-Bericht) mit aller Bestimmtheit betont.

Die Goldwährung

ist einer der Hauptfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt in den letzten hundert Jahren gewesen. Jetzt aber besteht die Gefahr, daß sie sich selbst ad absurdum führt. Es ist das geschichtliche Verdienst des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, daß er in klarer Erkenntnis der Gefahren eine einjährige Pause für die Zahlung der politischen Schulden vorgeschlagen und erreicht hat. Aber das Feierjahr, so groß seine Bedeutung auch ist, schafft nur eine vorübergehende Atempause. Von verschiedenen Vorednern ist mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit betont worden, daß das Problem der internationalen politischen Schulden im allgemeinen Interesse

eine Gesamtlösung

erfordert, die der Krise wirklich ein Ende macht. Das ist die große Aufgabe, vor die sich die Welt gestellt sieht. Die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiete kann selbstverständlich nur dann Erfolg haben, wenn jedes Land für sich alle ihm gegebenen Möglichkeiten für die Überwindung der Krise erschöpft. Ich kann für die deutsche Regierung in Anspruch nehmen, daß sie dies getan hat und dabei auch vor den härtesten Maßnahmen und Eingriffen nicht zurückgescheut ist.

Aber alle internationalen Bemühungen auf dem gesamten Wirtschafts- und Finanzgebiet hängen von einer elementaren Voraussetzung ab. Das ist die

Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens

in den internationalen politischen Beziehungen. Ich weiche hier von der einen oder anderen Auffassung, die wir gehört haben, vielleicht insofern ab, als ich das Gewicht nicht so sehr darauf lege, was bei unseren Genfer Bemühungen schon erreicht ist, sondern vielmehr auf das, was noch fehlt und noch erreicht werden muß. Echtes Vertrauen ist ein gegenseitiges Verhältnis. Diese Grundlage darf auch durch die schlimmste materielle Notlage eines Landes nicht gefährdet werden. Die Überwindung augenblicklicher Schwierigkeiten darf nicht um den Preis noch größerer Schwierigkeiten in der Zukunft erkauft werden. Allen Versuchen zur Wiederherstellung eines normalen Güter- und Kapitalverkehrs müßte ein dauerhafter Erfolg versagt bleiben, wenn dabei nicht in den politischen Beziehungen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung gewahrt würden. Wir dürfen uns nicht verhehlen und müssen ganz offen davon sprechen, daß in vielen Ländern ein weitgehender Skeptizismus gegenüber den Genfer Institutionen und, was vielleicht noch schlimmer ist, eine wachsende Gleichgültigkeit zu beobachten ist. Was aber auch die Einsichtigen sehen wollen, das sind Maßnahmen, die in die Wirklichkeit eingreifen und sie bessern. Der Vertreter Großbritanniens hat die hervorragende Bedeutung unterstrichen, die in der ganzen Entwicklung der internationalen Beziehungen der

Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland

zukomme, einer Annäherung, die nicht nur in Worten, sondern in Handlungen bestehen müssen. Ich begrüße es, daß der bevorstehende Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin Gelegenheit bieten wird, den unmittelbaren Gedankenaustausch fortzusetzen, und ich knüpfe daran die Hoffnung, daß es auf diesem Wege zu Ergebnissen kommt, die den beiden Ländern zum Vorteil gereichen und darüber hinaus auch dem allgemeinen Interesse dienen.

Zur Abrüstung

führt der Reichsaußenminister noch aus: In der Überzeugung, daß nicht Rüstung, sondern Abrüstung Sicherheit bringt, liegt ein entscheidendes Merkmal der im Völkerbund organisierten Staatengemeinschaft gegenüber den früheren Methoden der internationalen Politik. Wie sehr das Gefühl der militärischen Schutzlosigkeit gegenüber stark gerüsteten Nachbarn auf der Seele einer Nation lastet und ihr ganzes Leben bedrückt, das weiß jeder Deutsche, der die Auswirkungen solcher Zustände am eigenen Volke beobachtete. Das eigentliche Thema der Herabsetzung der Rüstungen darf auf der Konferenz nicht abhängig gemacht werden von Fragen, die erst nach Durchführung der Abrüstung gelöst werden können.

Mit Genugtuung stelle ich fest, daß hier in verschiedenen Erklärungen der Gedanken einer Verschiebung der Abrüstungskonferenz unzweideutig abgelehnt worden ist.

Angesichts der gewaltigen Unterschiede im Rüstungsstande würde eine bloße Limitierung der Rüstungen auf den jetzigen Stand eine Anerkennung dieser Rüstungsunterschiede bedeuten und wäre einem Scheitern der Konferenz gleichzusetzen.

Vor mehr als einem Jahrzehnt hat man einer Anzahl von Staaten, darunter meinem Lande, unter dem Druck eines verlorenen Krieges die Verpflichtung zur Verminderung der Rüstungen auf einen Minimalstand auferlegt. Die Verpflichtung ist seit langem ausgeführt.

Den Verpflichtungen, die Deutschland 1919 übernahm, steht

das bindende Versprechen der anderen Staaten

gegenüber, daß die Entwaffnung Deutschlands dazu dienen soll, die allgemeine Abrüstung der anderen Staaten einzuleiten. Zwölf Jahre sind seither verstrichen, und seit fünf Jahren gehört Deutschland dem Völkerbunde an, ohne daß diese Versprechungen eingelöst worden sind. **Eine starke, wirksame Verminderung der Rüstungen der stark gerüsteten Staaten ist daher für Deutschland die unerläßliche Vorbedingung für das Gelingen der Konferenz.**

Der Ausgangspunkt muß die Gleichberechtigung aller Staaten sein, so daß innerhalb der Völkergemeinschaft nicht mehr mit zweierlei Maß gemessen wird.

Nun begrüßte Curtius den italienischen Vorschlag eines Rüstungsfeierjahres als guten Boden für die Abrüstungskonferenz und schließt sich dem Appell von Lord Robert Cecil an die Regierungen an.

Das Maximum, nicht das Minimum der Abrüstung muß die Richtschnur unserer Verhandlungen sein.

Nur wenn die Staaten, vor allem die waffenmächtigen, einer kühnen und weitschauenden Abrüstungs- und Friedenspolitik die nötigen Opfer bringen, kann die Welt von dem Alpdruck befreit werden, der auf ihr lastet und der sie in allen Funktionen des internationalen Zusammenlebens trennt.

Französisches Echo der Curtius-Rede.

Gleichberechtigung für Frankreich untragbar.

Die Curtius-Rede stößt in dem die Abrüstung behandelnden Teil in französischen Kreisen auf schärfste Ablehnung; man erklärt diese Ausführungen als vollkommen untragbar. Aus der französischen Delegation verlautet, daß mit der deutschen Rede das Schicksal der Abrüstungskonferenz auf das ernsthafteste in Frage gestellt sei, da eine Überbrückung des deutsch-französischen Gegensatzes in der Abrüstungsfrage jetzt nicht mehr möglich sei. Man geht sogar soweit, in der Rede eine ernsthafte Gefährdung der deutschen und französischen Annäherung zu erblicken. Ein maßgebendes Mitglied der französischen Abordnung soll, wie verlautet, erklärt haben, daß der von Curtius vorgelegte deutsche Abrüstungsstandpunkt vom ersten bis zum letzten Wort im Gegensatz zur Auffassung Frankreichs stehe.

Dagegen wird von seiten der amerikanischen Beobachter die Übereinstimmung des deutschen und des amerikanischen Standpunktes in der Abrüstungsfrage festgestellt.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die Regierungskrise in Braunschweig behoben.

Die Fraktion Bürgerliche Einheitsliste hat noch einmal zu der Neuwahl eines zweiten Ministers Stellung genommen. Nach längeren Beratungen wurde volle Übereinstimmung zwischen den Vertretern der Bürgerlichen Einheitsliste erzielt und beschlossen, für die Wahl des nationalsozialistischen Ministerkandidaten, Regierungsrat Klagges, zu stimmen. Die Wahl findet in der Landtagssitzung am kommenden Dienstag statt. Da die Bürgerliche Einheitsliste und die Nationalsozialisten zusammen über eine Mehrheit im Landtag verfügen, kann Regierungsrat Klagges als gewählt angesehen werden.

Österreich.

Genf-Reise des österreichischen Bundeskanzlers.

Bundeskanzler Buresch wird in den nächsten Tagen zu kreditpolitischen Verhandlungen mit dem Völkerbund nach Genf reisen. Es ist bemerkenswert, daß nicht Außenminister Schober mit dieser Aufgabe betraut worden ist.

Frankreich.

Die französischen Herbstmanöver.

Die großen Herbstmanöver bei Reims verlaufen programmäßig. Als Neuerung bei den Militärmanövern hat man diesmal auch die Zivilluftfahrt mit herangezogen, die die Verbindung mit dem Hinterland aufrechterhalten soll. Eine große Anzahl privater Flugzeuge, die von ihren Besitzern gesteuert werden, sind bereits in Reims eingetroffen. Weiter hat man auch sehr interessante Ver-

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichsaußenminister Curtius hielt vor dem Völkerbund eine große Rede über die Weltkrise und die Abrüstung.

* Die französischen Minister Laval und Briand werden am 27. September nach Berlin kommen.

* Ein schwerer Orkan in Britisch-Honduras forderte zahlreiche Todesopfer und richtete großen Schaden an.

nebelungsversuche mit Flugzeugen durchgeführt, die zur allgemeinen Zufriedenheit ausgefallen sein sollen.

Aus In- und Ausland

München. Die Polizeidirektion München hat den Völkischen Beobachter ab sofort bis einschließlich 22. September verboten. Als Grund wird ein Artikel des Blattes in der Nummer vom 11. September angegeben.

Der Reichspräsident wieder in Berlin.

Der Urlaub ist ihm gut bekommen.

Reichspräsident von Hindenburg hat seinen Urlaub in Dietramszell beendet und ist in Begleitung seines Sohnes in Berlin eingetroffen.

Von Dietramszell brachte ihn das Auto der Landespolizei nach Holzkirchen, wo er einen Sonderzug nach München bestieg. In München wurde der Salonwagen an den fahrplanmäßigen Fernschnellzug München—Halle—Berlin angeschlossen. Reichspräsident von Hindenburg sieht sehr gut erholt aus. Ein kleiner Junge überbrachte dem Reichspräsidenten einen großen Blumenstrauß. Publikum war nicht erschienen, da die Abreise nicht bekannt geworden war.

Das Regierungsprogramm des Notwinters.

Immer noch keine Veröffentlichung.

Das Reichskabinett wird Mitte der Woche die materielle Beratung über das Winterprogramm fortsetzen, die dann in einer Reihe von Sitzungen bis etwa zum 20. oder 22. September zu Ende geführt werden soll. Das ganze Programm soll auf einmal veröffentlicht werden.

Wie sich die preußische Regierung verhalten wird, ist noch nicht entschieden. Der preußische Ministerpräsident kehrt am Dienstag nach Berlin zurück. Vorher wird jedenfalls nicht mit einer Entscheidung zu rechnen sein.

Jeder muß helfen!

Die Organisation der Winterhilfe.

Über die Organisation der Winterhilfe sprach vor Pressevertretern Staatssekretär Dr. Geib (Reichsarbeitsministerium). Er erklärte, daß die Organisation des Hilfswerkes zu einer Hilfe des ganzen Volkes werden müsse und daß eine innere Pflicht jeden Volksgenossen, der noch in Arbeit und Brot sei, dazu drängen müsse, aus seinem Geborgensein heraus der Not der anderen mit steuern zu helfen. In den nächsten Tagen würden die Verbände der freien Wohlfahrtspflege mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten, dem auch der Reichspräsident und die Reichsregierung ein Begleitwort mit auf den Weg geben würden. Selbstverständlich seien auch die Regierungsorgane bestrebt, zu helfen, aber zu der öffentlichen amtlichen Fürsorge müsse die frei gebotene Hilfe des ganzen Volkes für die notleidenden Volksgenossen treten.

Anschließend verbreitete sich der Generalsekretär der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege, Regierungsrat a. D. Dr. Böhringer, über Organisationsfragen. Die Aktion werde so vor sich gehen, daß jedes Land und jede Provinz für sich sammle und die Beträge für die provinziellen Hilfsbedürftigen verwende. Neben der Aufbringung von Geldbeträgen sei besonders auf die Sammlung von Lebensmitteln, Brennstoff und Kleidung Gewicht zu legen. Die Reichsbahn habe frachtfreie Beförderung solcher Lebensmittel aus ländlichen Bezirken zugesagt, und die Reichswehr werde Sammelwagen zur Verfügung stellen.

Verlängerung der Steueramnestie.

Wahrscheinlich bis 15. Oktober.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: „In der letzten Zeit haben sich die Amnestieanzeigen stark gehäuft. In sehr vielen Fällen haben Steuerpflichtige bei den Finanzbehörden zu erkennen gegeben, daß sie von der Steueramnestie gern Gebrauch machen möchten, aber nicht in der Lage seien, bis zum 16. September, dem Ende der Amnestiefrist, das für die Amnestieanzeige erforderliche Material durchzuprüfen und die hierbei aufgetauchten Fragen zu klären. Ferner hat sich gezeigt, daß es noch viele Steuerpflichtige gibt, die zwar das Bestreben haben, wieder steuerehrlich zu werden, die sich aber davor scheuen, ihre bisherigen Zuwiderhandlungen der Steuerbehörde offenzulegen. Aus allen diesen Gründen sind in außergewöhnlich starkem Umfange Anträge auf Fristverlängerung gestellt worden.

Mit Rücksicht hierauf ist beabsichtigt, die Steueramnestiefrist allgemein bis zum 15. Oktober zu verlängern. Da die Fristen für die Abgabe der Vermögenserklärungen sowie für die Anzeige ausländischer Familienstiftungen und Beteiligungen im engen Zusammenhang mit der Amnestriefrist stehen, würden auch diese in gleicher Weise verlängert werden."

Unruhiges Wochenende.

Politische Ausschreitungen in Berlin.

In Berlin kam es anläßlich des hohen jüdischen Feiertages zu größeren nationalsozialistischen Kundgebungsversuchen am Kurfürstendamm. Dort hatten sich etwa tausend Nationalsozialisten zusammengerottet und belästigten die jüdisch aussehenden Passanten. Ein größerer Trupp drang in das Kaffee Reimann. Ein großes Polizeiaufgebot mit mehreren Überfallwagen rückte an und zerstreute die Demonstranten. Insgesamt wurden etwa 39 Personen zwangsgestellt.

Kommunistischer Feuerüberfall.

Von etwa 80 Kommunisten wurde ein Feuerüberfall auf ein nationalsozialistisches Verkehrslokal in Schöneberg verübt. Zuerst feuerte einer von ihnen mehrere Schüsse auf das nationalsozialistische Lokal ab, durch die jedoch glücklicherweise nur eine Scheibe zertrümmert und niemand verletzt wurde. Dann versuchten die Kommunisten, das Lokal zu stürmen. Es kam zum Handgemenge. Einer der Nationalsozialisten wurde durch Messerstiche am Kopf schwer verletzt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Die Einladung an die französischen Minister.

Laval und Briand kommen am 27. September nach Berlin.

Die deutsche Botschaft in Paris gibt folgende Mitteilung bekannt: Der deutsche Geschäftsträger Forster hat dem französischen Ministerpräsidenten Laval die offizielle Einladung der Reichsregierung für ihn und den französischen Außenminister Briand nach Berlin zum Wochenende vom 27. September überbracht. Der französische Ministerpräsident hat die Einladung angenommen. Einzelheiten werden später vereinbart werden.

Gesetzliche Arbeitszeitverkürzung?

Wenig Aussicht auf freiwillige Vereinbarungen.

Das Reichsarbeitsministerium hat Durchführungsverordnungen für eine Arbeitszeitverkürzung fertiggestellt. Der Entwurf liegt zurzeit dem Reichskabinett vor. Die Verhandlungen, die das Reichsarbeitsministerium mit einzelnen Gewerben wegen einer Einführung der 40-Stunden-Woche geführt hat, haben den gewünschten Erfolg nicht gehabt. Zwar stehen von einzelnen Gewerben die Berichte über die Sonderverhandlungen noch aus; bis zum 20. September soll das Reichsarbeitsministerium im Besitz dieser Berichte sein. Es besteht aber wenig Hoffnung, daß in den wenigen Tagen noch in irgendeinem Gewerbe eine freiwillige Vereinbarung einer Arbeitszeitverkürzung erfolgt.

Der Hugenberg-Braun-Prozeß.

Verhandlungstermin am 19. September.

In dem Prozeß des Geheimrats Hugenberg gegen den sozialdemokratischen Redakteur Zechenbach in Detmold, der bereits am 12. August stattfinden sollte, dann aber vertagt wurde, ist neuer Termin auf Sonnabend, den 19. d. M. anberaumt worden. Die Grundlage des Prozesses bilden die Redewendung von dem „50fachen Millionär Hugenberg", die der preußische Ministerpräsident Otto Braun in einer Wahlrede in Bielefeld am 27. November v. J. laut eidlicher Bekundung von Zeugen gebraucht haben soll, und ein Artikel des von dem angeklagten Redakteur Zechenbach geleiteten sozialdemokratischen Blattes mit der Ueberschrift: „Braun fährt Hugenberg über das Lügenmaul". Zu dem Prozeß sind u. a. mehrere Zeugen aus Bielefeld geladen, darunter auch der politische Redakteur der „Westfälischen Zeitung".

Der Weizenabschluß mit Amerika.

200 000 Tonnen in neun Monatsraten.

Amtlich wird mitgeteilt: Zwischen der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft m. b. H. in Berlin und der Grain Stabilisation Corporation, einer amerikanischen Getreidegesellschaft, ist ein Vertrag über den Ankauf von rund

200 000 Tonnen amerikanischen Weizens

abgeschlossen worden. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Hartwinterweizen und eine kleinere Menge von Amber Durum. Der Preis berechnet sich nach der Dezembernotierung in Chikago mit Zu- und Abschlägen nach der Qualität, dem garantierten Proteingehalt und dem Monat der Verladung.

Der Kaufpreis

wird bis zum 31. Dezember 1934 gestundet und ist zu 4½ Prozent zu verzinsen. Die Lieferungen erfolgen in neun Monatsraten mit dem Recht des Käufers, schnellere Lieferung zu verlangen. Sie beginnen im Oktober 1931, falls möglich, bereits im September. Mindestens die Hälfte der Verschiffungen muß unter deutscher Flagge erfolgen.

Die in den Vereinigten Staaten durch diesen Vertrag gekaufte Menge bleibt hinter dem deutschen Zuschußbedarf an Weizen im laufenden Erntejahr nach den jetzt vorliegenden Schätzungen nicht unerheblich zurück, so daß für Käufe in anderen Ländern noch ein ausreichender Spielraum bleibt.

Waldbesitz und Holzwirtschaft.

Für die Erhaltung des deutschen Waldes.

In Kassel fand die 12. Hauptversammlung des Reichsverbandes Deutscher Waldbesitzerverbände statt. Der Vorsitzenende des Reichsverbandes, Graf von den Asseburg-Falkenstein, wies in seiner Eröffnungsrede mit besonderem Nachdruck auf

die ungeheuren Schwierigkeiten

hin, mit denen der Waldbesitz zu kämpfen habe. Der Waldbesitz sei am Ende seiner Kräfte. Erfreulicherweise könne allerdings festgestellt werden, daß seit einiger Zeit die amtlichen Stellen für die Notlage Verständnis zeigten. Die Waldbesitzer seien trotz aller Rückschläge fest entschlossen, weiter zu kämpfen für die Erhaltung des deutschen Waldes. Forstrat Ludwig-Kassel sprach über eine Ausschußentschließung, in der die Lage der Forstwirtschaft behandelt wird und

eine Zollerhöhung

sowie eine Änderung des Tarifs der Deutschen Reichsbahn gefordert werden. In einer anderen Entschließung fordert die Tagung Senkung der Steuern bzw. Erleichterung der Steuerzahlungen. Weiterhin wurde protestiert gegen die Sperrung der deutsch-französischen Grenze für die

Holzausfuhr nach Frankreich.

Dann kam die Versammlung zum Hauptthema des Tages „Die Zusammenarbeit von Forst- und Holzwirtschaft". Der Syndikus des Nordwestdeutschen Vereins für Holzhandel und Holzindustrie in Kassel, Dr. Wegelt, war der Ansicht, daß bei

Zusammenfassung aller Kräfte

in der Forst- und Holzwirtschaft eine staatliche Hilfe nicht nötig sei. In der Aussprache wurde die Bildung eines großen Syndikats vorgeschlagen, das sich über ganz Deutschland erstrecken müsse.

Zweite Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin".

Am 18. September wird das Luftschiff „Graf Zeppelin" die zweite Südamerikafahrt in diesem Jahre antreten. Die Fahrt soll über die Kanarischen oder Kap Verdischen Inseln führen, wo voraussichtlich Post über Las Palmas oder Porto Praia abgeworfen wird, und in Pernambuko enden, wo das Luftschiff am 21. September eintreffen soll. Durch Anschlußflüge von Berlin nach Friedrichshafen und von Pernambuko nach Baia und Rio de Janeiro ist eine günstige Gelegenheit für Beförderung von Post — gewöhnlichen Postkarten (Gebühr 2 Mark) und Briefen (bis 20 Gramm Gebühr 4 Mark) — an Empfänger in Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay, Chile und Bolivien geschaffen worden. Das Luftschiff bleibt bis zum 26. September in Pernambuko. Dieser Aufenthalt ermöglicht die Mitgabe von Antwortschreiben nach Europa, die voraussichtlich schon am 29. September in Friedrichshafen eintreffen werden.

Das verrostete Gewehr im Schuppen.

Die Schutzlosigkeit der Deutschen in Polen.

In der durch den Aufständischenüberfall im vergangenen Herbst bekannten Ortschaft Golassowitz hat sich ein neuer Zwischenfall ereignet. Der deutsche Gemeindevertreter Johann Lux wurde kurz vor einer Gemeindevertretersitzung, in der über die Unregelmäßigkeiten und Haushaltsüberschreitungen des berüchtigten polnischen Gemeindevorstehers Dolezol beraten werden sollte, verhaftet. Auf dem Gehöft des Lux erschienen neun Polizeibeamte, die sämtliche Gebäude einer gründlichen Durchsuchung unterzogen. Nach mehrstündigem Suchen fand dann die Polizei merkwürdigerweise in einem abseits gelegenen, offenen Schuppen zu dem jeder Zutritt hat, ein in Sackleinwand eingenähtes, vollständig verrostetes Gewehr, über dessen Herkunft Lux keine Auskunft geben konnte. Lux wurde daraufhin verhaftet.

Ohne Zweifel handelt es sich um bestellte Arbeit, um so den unangenehmen deutschen Gemeindevertreter unschädlich zu machen.

Der Vorfall erinnert an eine ähnliche Durchsuchung, die vor mehreren Monaten durch Aufständische in der evangelischen Kirche vorgenommen wurde und wobei auf dem Kirchturm zwei blitzblanke Gewehrpatronen gefunden wurden, die natürlich kurz vorher von Polen dort niedergelegt worden waren.

11 Prozent Soldkürzung im englischen Heer.

Durch königliche Verordnung sind der Sold und die Gehälter im englischen Heer um durchschnittlich 11 Prozent herabgesetzt worden.

Der Armeerat hat ein Rundschreiben an alle Generale und militärische Befehlshaber in England und in den Kolonien erlassen, in dem der Zuversicht Ausdruck gegeben wird, daß das Heer bereitwilligst die von ihm in der jetzigen Notzeit verlangten Opfer tragen wird.

Wintersnot auch in Amerika.

Arbeitsgarantie für die Beschäftigten verlangt.

Die amerikanische Arbeitergewerkschaft rechnet für den kommenden Januar mit einer Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 7 Millionen. Andere Kreise sprechen sogar von 10 bis 12 Millionen Menschen, die voraussichtlich im Winter in den Vereinigten Staaten arbeitslos sein würden. Die Gewerkschaft fordert erneut eine Arbeitsgarantie für alle jetzt noch Beschäftigten, wodurch die Furcht vor Entlassungen beseitigt, die Spargelder gelockert und die Kauflust gefördert würde.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 14. September 1931.

Die Prämie.

An das Ende der vielen Mühen, die mit der Ziehungsarbeit verbunden sind, haben die verschiedenen Lotterieverwaltungen, die es in Deutschland gibt, die „Prämie" gesetzt. „Prämie" heißt Belohnung, wonach man folgerichtig meinen könnte, daß jeder, der eine ganze lange Lotterieziehung hindurch ausgeharrt hat, ohne auf sein „Pech" zu schimpfen, am Schlusse der Ziehung belohnt wird — nach dem Dichterworte: wer ausharret wird gekrönt. So ist das aber leider nicht, lieber Leser, denn auch die „Prämie" ist nur die Sache eines einzigen Glücklichen oder günstigen Falles einiger weniger, während wir andern alle das Nachsehen und das Weiterschimpfen haben. Warum also „Prämie", wenn nicht jeder von uns den wohlverdienten Lohn erhält?

Zweimal im Jahre hat man gerechten Anlaß, derartige wehmütige Betrachtungen anzustellen, denn zweimal im Jahre pflegen die großen Lotterieverwaltungen Prämien hinauszusenden in die Welt und sie irgend jemand in den Schoß zu werfen. Jetzt war die Reihe, eine Prämie zu spenden, wieder einmal an der Verwaltung der Preußisch-Süddeutschen Lotterie. Auf die Losnummer 272 909 ist sie gefallen und die sie kriegen, leben in Bayern und in Hessen und hatten bis zum Schlußziehungstage wahrscheinlich oder vielmehr ganz sicher auch nicht die Spur einer Ahnung davon, daß sie plötzlich, über Nacht sozusagen, reich und glücklich werden könnten.

Aber die Hoffnung, daß sie es werden könnten, den Wunsch, daß sie es werden möchten, hatten sie ganz bestimmt, diese Hoffnung, die auch wir alle, insofern und insoweit wir zu der großen Gilde der Lotteriespieler gehören, fünf Wochen lang mit uns herumgetragen haben, und die wir nun zu Grabe tragen müssen, da sie uns schmählich zuschanden geworden ist. Was uns aber ganz gewiß nicht hindern wird, sie von neuem aufleben zu lassen, sobald die neue Ziehung fällig sein und die neue Prämie in Aussicht stehen wird.

„Na, das nächste Mal!" so lautet unser Selbsttrost in solchen betrüblichen Fällen, und mit diesem „Na, das nächste Mal!" müssen sich auch die anderen, die gleich uns leer ausgegangen sind, zu trösten suchen. Den Siegern im Endkampf um die „Prämie" aber erweisen wir mit einem nassen und einem heiteren Auge — denn man freut sich ja schließlich doch, daß es in dieser trüben Zeit wenigstens ein paar Glückliche gibt — unsere Reverenz!

Mit der brennenden Zigarette ins Bett.

Es ist ein oft gerügter Leichtsinn, und man wäre beinahe versucht, von einem sträflichen Unfug zu sprechen: einer oder eine legt sich ins Bett, zündet sich in aller Gemütsruhe eine Zigarette an, liest vielleicht ein bißchen in der Zeitung oder in einem modernen Roman, raucht mit Wohlbehagen und wechselt allmählich hinüber ins Traumland. Manchmal geht's gut ab: die Zigarette verglimmt und geht friedlich aus und gleitet aus dem geöffneten Munde des Schläfers oder der Schläferin gänzlich erkaltet auf die Bettdecke oder auf den Fußboden. Nicht selten aber endet es sehr bös: die Zigarette glimmt und glüht weiter, und in einem Nu steht das Bett samt seinem lebendigen Inhalt und bald darauf vielleicht die ganze Stube in Flammen. Der Rest ist Feuerwehr.

In Berlin ist es dieser Tage wieder einmal passiert, daß einer, der sich mit der brennenden Zigarette ins Bett gelegt hatte, erst von der rasch alarmierten Feuerwehr darauf aufmerksam gemacht werden mußte, daß er samt seinem Bett richtig in Brand geraten war. Er selbst hatte es gar nicht gemerkt, denn er lag im tiefsten Schlafe — zu allem Überfluß hatte er vorher noch ein Schlafpulver genommen —, als er zu brennen anfing. Die Moral von der Geschicht' brauchen wir nicht erst hinzuzufügen, da sie sich von selbst ergibt. Leider gibt es kein Gesetz, das das Rauchen im Bett verbietet, und mit dem Appell an den gesunden Menschenverstand kommt man auch nicht immer aus. Bleibt also nichts anderes übrig, als immer wieder zu warnen, zu warnen und noch einmal zu warnen!

Am Hörer der Zeit.

Potitische Zwischenspiele.

Es ist nicht immer eitel Freude, ein Freund von Frankreich zu sein. Obgleich Herr Briand erklärt hatte, daß Österreich und Ungarn viel reine Freude an der neu erworbenen französischen Freundschaft erleben würden, ist dies noch keineswegs ausgemacht. Es kommt oft anders. Auch Lettland mußte das erfahren, wie das aus einer ziemlich erregten Haushaltsdebatte im lettländischen Parlamente unlängst bekannt wurde. Lettland bekam eine französische Eisenbahnanleihe. Die Sozialisten waren mit der Verwendung dieser Anleihe keineswegs einverstanden. Der Generaldirektor der lettländischen Eisenbahn mußte zugeben, daß Lettland bei dem von Frankreich als Sachleistung zur Verfügung gestellten Eisenbahnmaterial die runde Summe von einer Million Goldfranken mehr gezahlt habe. Für Lokomotiven beispielsweise habe man für die Tonne 2250 Goldfranken bezahlt, während deutsche Fabriken bloß 1920 und polnische sogar nur 1680 Goldfranken verlangt hätten. Auch bei der Lieferung von Schienen war es nicht viel anders. Die französischen Schienen, die wie aller Welt bekannt ist, eigentlich deutsche Schienen sind, denn sie stammen aus den deutschen Reparationslieferungen, müssen mit 204 Goldfranken je Tonne bezahlt werden, obwohl Belgien schon für 195 Goldfranken gut und gern liefern möchte. Die lettländische Regierung hat, wie in der bewegten Sitzung zugegeben werden mußte, bewußt überpreise bezahlt in der Hoffnung, Frankreich werde dem Lande eine Baranleihe bewilligen. Diese Baranleihe wurde denn auch gewährt, allein auch die ist nicht sehr erfreulich ausgefallen. Es wurden nicht mehr als zwei Millionen Goldfranken in die lettländische Bank eingezahlt, auch diese nur kurzfristig und zu schweren Bedingungen ... Kein Wunder, daß sich Lettlands Regierung unwohl fühlt; etwa wie seinerzeit eine andere aus dem weiten Kreise der „Assoziierten Mächte", die nach dem Kriege aus französischen Heeresbeständen, zu Lasten der Kriegsanleihen, buntfarbige Negerpantoffel bekam, um der schuhlosen Bevölkerung die erste Winterhilfe im Jahre 1918 zu bringen ... Bezahlen mußte man sie freilich.

*

Eine Diktatur wird abgebaut, durch Diktat des Diktators selbst. Der König der Südslawen hatte 1929 als Neujahrsgeschenk die Verfassung seines Landes aufgehoben und ein Ministerium zur Durchführung der notwendigsten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen eingesetzt. Länger als dritthalb Jahre hat es gedauert, ehe diese Maßnahmen in der Form von Notverordnungen Gesetzeskraft erhalten konnten. Nunmehr aber scheint diesem nicht parlamentarischen Zustande ein Ziel gesteckt zu sein. König Alexander hat eine neue Verfassung dekretiert. Es wird bestimmt, daß ein neues Parlament zu wählen sei, das am 20. Oktober zusammentreten würde. Es ist nur selbstverständlich, daß diesem neuen Parlamente zunächst keine rosige Zukunft vorausgesagt werden kann. Die Ausnahmegesetze sind noch in voller Geltung belassen und bleiben es auch, solange keine anderen auf parlamentarischem Wege sie ersetzen. Praktisch bedeutet das aber, daß in Südslawien die Zeit der Notverordnungen noch wenigstens ein bis zwei Jahre andauert, bis die von Grund auf geänderte parlamentarische Maschine richtig zu laufen beginnt. Der Übergang von dem Einkammersystem zu dem zweigeteilten, aus Senat und Abgeordnetenhaus bestehenden Wahlparlament braucht lange Zeit, ehe er in das allgemeine Bewußtsein dringt und noch hat man nicht gewählt. Die oppositionellen Parteien, insbesondere die Kroaten, wollen sich an den Wahlen gar nicht beteiligen! Dann aber blieben die der Regierung freundlich gesinnten Abgeordneten und Senatoren untereinander und die Mehrheit könnte alles, was während dritthalb Jahren notverordnet wurde, gutheißen. In Südslawien ist die Diktatur formell abgebaut worden, aber erst nach den Neuwahlen wird es sich zeigen, ob sie verschwindet. Die Opposition meint, daß sie nur den Namen gewechselt habe, sonst bleibe alles beim alten.

*

Die Not ist allgemein, die Notverordnung die große Mode in der Welt. Auch das nach Überlieferung älteste parlamentarische Britenreich bedient sich energisch dieses Mittels, um der drohenden Wirtschaftsnot zu steuern. Auf die drakonischen, kaum für möglich gehaltenen Steuervorschläge des nationalen Kabinetts folgte aber nun keineswegs ein Sturm der Entrüstung, auch in den Kreisen der Opposition nicht. Dem sozialistischen Schatzkanzler Snowden hat sein ehemaliger Ministerkollege, der sozialistisch gewesene und jetzt oppositionelle Handelsminister, vorgeworfen, weshalb er so spät mit seiner Steuerschraube anzusetzen begonnen habe. „Das hätten wir auch früher machen können und wir wären auf unserem Platze geblieben!" Die Männer des vormaligen Macdonald-Kabinetts scheinen übrigens bedingt noch heute ihre „Genossen" stützen zu wollen. Henderson beispielsweise überraschte die Welt mit der Zustimmung seiner Partei zu der zehnprozentigen Schutzzollvorlage, wenn ... Dieses wenn aber dürfte kaum zu erfüllen sein, denn die nationale Regierung Macdonalds denkt nicht daran, den Plan der gekürzten und befristeten Erwerbslosenunterstützung fallen zu lassen. Freihändler und Schutzzöllner werden mit zähem Wagemut hohe Steuern einführen, Ausgaben und Unterstützungen beschneiden und kaum vor der Maßnahme der Einführung von Schutzzöllen haltmachen. Wenn es dann zu Winterwahlen kommt, vor denen es niemandem in England zu bangen scheint, wird die Probe auf das Exempel gemacht.

*

England weist jedenfalls den Weg der Selbsthilfe und scheint mit manchem aufzuräumen, was bisher als unantastbar gegolten hat. Daß das Flugschiff „R. 100" außer Dienst gestellt, vielleicht sogar veräußert werden soll, ist ein Sturmzeichen nahenden Unheils, vielleicht aber auch ein günstiges Vorzeichen für die im nächsten Frühjahr beginnende Abrüstungskonferenz. Der Krisenwinter wird vielleicht bis zum Frühling auch anderen, heute noch „reichen" Ländern die notwendige Einsicht bringen. Oder vielleicht einhämmern? Man ist fast versucht, es zu wünschen ...

Dr. M.

Großer Heimwehrputsch in Oesterreich

Heimwehr besetzt Orte in Oberösterreich, Steiermark und Salzburg.

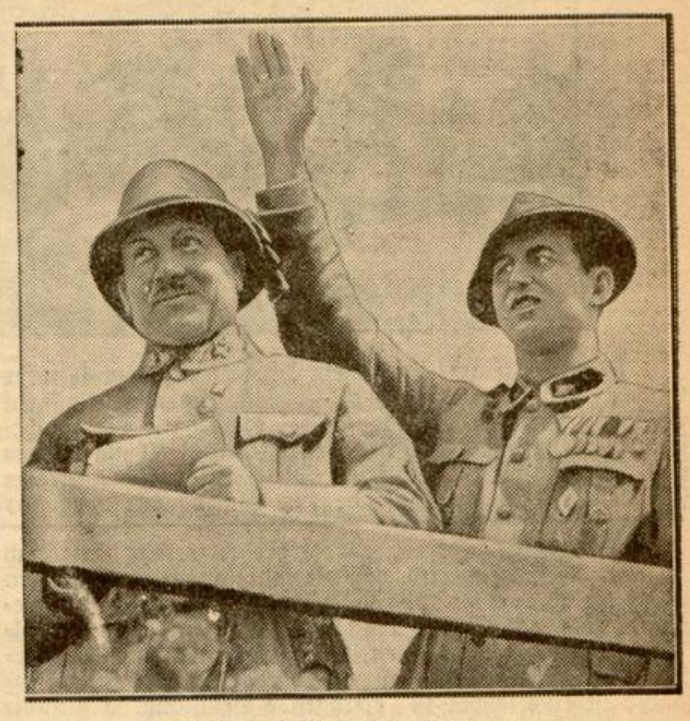
Heimwehrgruppen haben die Orte Bruck an der Mur, Kapfenberg, Feldweg, Judenberg und Schladming, sämtlich in Obersteiermark gelegen, besetzt. Das gleiche war auch in einigen Orten Oberösterreichs, so in Kirchdorf an der Krems und in einigen Orten im Salzburgischen, der Fall. Der Bundesführer Pfriemer erließ eine Kundgebung, in der er die Ergreifung der Macht durch den ihm unterstehenden Heimatschutz bekanntgab und Gendarmerie und Polizei ihres Eides entband. Die Bundesregierung hat in einem Rundtelegramm die Staatsbehörden angewiesen, Widerstand zu leisten. In einigen Orten ist zu Zusammenstößen gekommen.

Über den Heimwehrputsch wird amtlich bekanntgegeben: Die Bundesregierung hat im eigenen Wirkungskreise ebenso wie die Landesregierungen alles veranlaßt, um die Ordnung vollkommen wiederherzustellen, was auch in Kürze der Fall sein wird. Mit Ausnahme der erwähnten Orte herrscht im ganzen Bundesgebiet und in der Bundeshauptstadt vollständige Ruhe.

*

Pfriemer bricht den Aufstand ab?

Aus Wien wird gemeldet, daß nach einer Privatmeldung aus Graz die Pressestelle des Steierischen Heimatschutzes eine Erklärung des Landesführers Pfriemer und seines Stabsleiters Rauter veröffentlicht, daß die Aktion abgebrochen sei, und sie ihre Stellen zurücklegen.



Heimwehrführer Dr. Pfriemer.

Furchtbares Eisenbahnattentat

über 20 Todesopfer. — Ein zweiter Anschlag verhütet.

Auf den internationalen D-Zug Budapest—Wien—Paris—Ostende wurde in der Nacht ein Sprengstoffanschlag verübt. Als der Schnellzug den eine tiefe Schlucht überbrückenden Viadukt bei Bia-Torbagy (etwa 30 Kilometer von Budapest) erreichte, erfolgte eine heftige Sprengung, durch die der Brückenkopf des 60 Meter langen Viadukts einstürzte. Die Maschine und die folgenden sechs Wagen stürzten 24 Meter in die Tiefe. Zunächst konnten 19 Todesopfer geborgen werden. Fünf bis sechs Tote sollen noch unter den Trümmern liegen. Die Zahl der Verletzten beträgt 18. Ihre Verletzungen sind zum größten Teil schwer.

Bei der Untersuchung des Parallelgleises, das über einen Sonderviadukt führt, stellte es sich heraus, daß auch hier eine Bombe gelegt worden war, die unversehrt aufgefunden wurde. Der wenig später aus Wien fällige Orient-Expreß konnte rechtzeitig angehalten werden, so daß dadurch ein zweites Unglück von ungeheurem Ausmaß vermieden wurde.

Ein furchtbares Bild der Zerstörung.

Die Unglücksstätte am Eisenbahnviadukt bei Bia-Torbagy bietet ein furchtbares Bild der Zerstörung. Die Lokomotive und einer der abgestürzten Wagen haben sich tief in die Erde eingebohrt. Es war ein besonders glücklicher Zufall, daß der Zug nur wenig besetzt war. Bei dem Unglück stürzte einer der Passagiere, Graf Palffy, aus dem Zuge, ohne jedoch ernstlich verletzt zu werden. Er lief sofort in das nächste Dorf und holte die erste Hilfe herbei. An der Unglücksstätte wurde ein Zettel gefunden, der wie folgt beschrieben war: „Wenn der kapitalistische Staat uns kein Brot gibt, verschaffen wir es uns anders. Sprengstoffe und Benzin haben wir genug." Nach einer ergänzenden Mitteilung war die Höllenmaschine mit einer Taschenlampenbatterie tschechischer Herkunft verbunden.

Ein Augenzeuge berichtet.

Ein Augenzeuge des Eisenbahnattentats schilderte das furchtbare Erlebnis folgendermaßen: „Etwa zehn Minuten nach Abfahrt des Zuges ereignete sich das Unglück. Ich wurde durch eine furchtbare Detonation und ein ohrenbetäubendes Getöse aus dem Schlaf geweckt, im gleichen Augenblick erloschen sämtliche Lichter. Die Passagiere wurden von ihren Plätzen geworfen, niemand wußte im ersten Augenblick, was geschehen war. Erst als Hilferufe ertönten und die Verwundeten furchtbar stöhnten, wurde man sich dessen bewußt, daß eine Katastrophe eingetreten sein mußte. Da vollkommene Finsternis herrschte, konnte vorerst überhaupt nicht an Rettungsarbeiten gedacht werden. Eine Stunde später trafen die Feuerwehren ein, die jedoch vergessen hatten, Fackeln mitzubringen. In aller Eile wurden dann Scheiterhaufen errichtet, bei deren Schein an die Rettungsarbeiten geschritten wurde. Die Wagen des Zuges hingen größtenteils über dem 24 Meter tiefen Abgrund zwischen Himmel und Erde, so daß man die Trümmer nicht erreichen konnte. Erst als später Polizei und Militär hinzukamen, konnten die Rettungs- und Bergungsarbeiten mit vereinten Kräften aufgenommen werden. Wie sich herausstellte, waren die Taschenuhren des Zugpersonals in dem Augenblick stehengeblieben, als sich die Katastrophe kurz nach Mitternacht ereignete.

Der Reichsarbeitsminister gegen Miesmacherei.

Die schweren Aufgaben der Reichsregierung.

Auf dem rheinischen Handwerkertag, der unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Reichstags Esser in Neuenahr versammelt war, hielt Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald eine ausführliche Rede über die gegenwärtige wirtschafts- und sozialpolitische Lage, in der er u. a. ausführte:

Die Aufgaben der Reichsregierung

in der nächsten Zeit sind so gigantisch, wie sie noch keiner Regierung auf eine kurze Zeit zusammengedrängt entgegengetreten sind. Wir stehen vor der Aufgabe, in kurzer Zeit 6 bis 8 Milliarden kurzfristige Auslandsschulden der Privatwirtschaft und 1 bis 1½ Milliarden kurzfristige Schulden der Gemeinden in langfristige umzuwandeln und müssen schließlich Vorkehrungen für die ausreichenende Versorgung der Arbeitslosen im kommenden Winter treffen. Daneben stehen wir vor der Auflockerung unserer erstarrten Wirtschaft überhaupt.

Die Etats der öffentlichen Hand,

insbesondere der Länder und Gemeinden, müssen unter allen Umständen und in erster Linie durch Ausgabendrosselung in Ordnung gebracht werden. Für die Kreditwirtschaft der öffentlichen Hand müssen neue Grundlagen geschaffen, für die Privatwirtschaft muß das Aktiengesellschafts- und Bankwesen neu geordnet werden. Dabei darf die Auflockerung der Gesamtwirtschaft sich

nicht bloß und überwiegend auf die Löhne und Gehälter

erstrecken. Eine Auflockerung hat nur Sinn, wenn sie allgemein geschieht, d. h. auch Anwendung findet auf Zölle, Kartelle und sonstige Preisfestsetzungs- und Preisbindungsorganisationen. Wir stehen vor der Frage, ob wir den gegenwärtigen Preisstand stabilisieren, oder im ganzen

zu einer tieferen Preislage

kommen wollen. Rings um Deutschland herum liegt der Preisstand sehr viel tiefer als bei uns. Wenn unvermeidbare Operationen hinausgeschoben werden, dann wird die Operation an sich meist nur schwieriger und gefährlicher. Wogegen ich mich stets gewehrt habe und weiterhin wehren werde, ist, daß man Lohn- und Gehaltskürzungen für sich selbst sehen wollte, als das gegenwärtig einzig mögliche Mittel zur Entlastung und Wiederbelebung der Wirtschaft und weiterhin, daß, wenn seither an einer Stelle lohnpolitisch nachgegeben wurde, man glaubte, diese Lohnsenkung schematisch für alle Stellen in der deutschen Wirtschaft fordern und durchsetzen zu müssen. Auch in der Frage der

Hauszinssteuer- und Wohnungszwangswirtschaft

muß in den nächsten Wochen Klarheit geschaffen werden. Die Wohnungszwangswirtschaft läßt sich sehr rasch beseitigen, wenn für die Inhaber der Kleinwohnungen und für die Kinderreichen ein genereller und sozialer Mieterschutz geschaffen wird. Weiter muß das

Chaos in der Zinsenfrage

beseitigt werden. 10, 12 und mehr Prozent Zinsen kann keine Wirtschaft auf längere Sicht gesehen, herauswirtschaften. Organisatorische Maßnahmen größeren Stils zur Senkung der Zinsen sind unerläßlich. Der sehr stark aufgeblähte Verwaltungsapparat in der öffentlichen und in der Privatwirtschaft läßt sich nicht mehr aufrecht erhalten.

Die deutsche Sozialversicherung

ist schon sehr viel stärker an die gegenwärtige Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angeglichen worden als allgemein angenommen wird. An der Arbeitslosenversicherung sind schon Kürzungen in sehr großem Ausmaße erfolgt, ebenso an der Krankenversicherung. Auf dem Gebiete der Invaliden- und Unfallversicherung werden noch größere Reformen unvermeidbar sein. Wesentliche Beitragserhöhungen zur gesetzlichen Sozialversicherung sind dabei in absehbarer Zeit nicht möglich, da ohnehin gegenwärtig einschließlich der Krisensteuer schon rund

22 Prozent des Grundlohnes an Beiträgen zur Sozialversicherung

aufgebracht werden. Unter allen Umständen erforderlich ist aber eine stärkere organisatorische Zusammenfassung, Vereinfachung und Verbilligung der gesamten Sozialversicherung. Das Reichsarbeitsministerium wird demnächst entsprechende Vorschläge den gesetzgebenden Körperschaften unterbreiten.

Stegerwald schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes und wies die weitverbreitete Miesmacherei nachdrücklich zurück.

12. Westfälischer Beamtentag.

Die Beamtenschaft fordert Reichsreform. Stellungnahme zu den Notverordnungen. Dr. Brecht über den Stand der Reichsreform.

In Bielefeld wurde der 12. Westfälische Beamtentag eröffnet. Landesvizepräsident Baumhoff-Hagen leitete die Tagung, zu der u. a. der preußische Staatsminister Severing, der Oberpräsident Gronowski-Münster, sowie viele Vertreter von Behörden, Wirtschaftsverbänden, sowie eine große Anzahl Reichs- und Landtagsabgeordneter aus Oldenburg, Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau u. a. erschienen waren. mit einem längeren Begrüßungsreferat ein. Ministerialrat Dr. Brecht wandte sich in seinem Referat über den Stand der Reichsreform sehr lebhaft gegen die Zersplitterung in der Verwaltung und führte u. a. aus, daß die bayerischen Einsprüche, die gegen die Reichsreform gerichtet seien, sich in einer Ueberverwaltung sammelten und nicht zu positiven Ersparnissen führten. **Das Ziel der Reichsreform müsse sein, alle Ueberverwaltungen abzubauen, um zu einer einfachen, einheitlichen Verwaltung zu kommen. Eine Vereinheitlichung der Verwaltung würde Ersparnisse von mindestens 50 Millionen RM. erbringen. Es bestehe die Sicherheit, daß sich im Reichsrat eine Zweidrittelmehrheit für die Reformpläne finden werde.** In der darauf folgenden Aussprache ergriff Staatsminister Severing das Wort zu einer Rechtfertigung der Maßnahmen der preußischen Regierung, die zur Kürzung der Beamtengehälter geführt haben.

Entschließungen.

Folgende Entschließungen wurden einstimmig angenommen:

Der 12. Westfälische Beamten- und Lehrertag erhebt schärfsten Einspruch gegen die bildungsfeindlichen Abbaumaßnahmen, die durch die Länder und Gemeinden auf dem Gebiete des Schulwesens betrieben werden. Er sieht darin einen Kulturrückschlag, der für die deutsche Jugend von unabsehbaren Folgen ist, der aber

Unsere Kost im Herbst.

Für die deutsche Hausfrau, die für die Ernährung ihrer Familie zu sorgen hat, gilt in der heutigen Zeit der allgemeinen Not in Ernährungsfragen mehr denn je der Grundsatz: „Nahrhaft, gut und billig". Allein nicht immer ist das Gute billig, nicht immer ist das Billige nahrhaft. Da heißt es eben ein bißchen Bescheid wissen und vor allem mit der Kost sich anpassen an die Erzeugnisse der Jahreszeit.

Das ist im Herbst nicht allzu schwer. Es stehen uns zunächst Gemüse und Obst noch in ziemlicher Fülle und um billiges Geld zur Verfügung. Birnen, Pflaumen und Weintrauben, Tomaten, Kohl und Mohrrüben, Salat und Kartoffeln lassen die Kost leicht abwechslungsreich gestalten und liefern dem Körper reichlich Mehl- und Zuckerstoffe, Vitamine und Mineralsalze. Butter, Fette und Öle seien als Fettspender namhaft gemacht, aber auch die Milch sei in diesem Zusammenhange nicht vergessen. Sie ist im Herbst, wo das Vieh noch auf die Weide getrieben werden kann, von guter Qualität in ausreichender Menge vorhanden und darum verhältnismäßig preiswert, zumal sie auch alle anderen Nährstoffe neben Fett enthält. Auch durch Käse aller Art kann man zweckmäßig und billig dem Körper Fett zuführen, das er in den kühlen Herbsttagen schon mehr braucht als im Sommer. Schwieriger erscheint die Deckung des Eiweißbedarfs, für den Eier, Schlachttierfleisch und Fische zur Verfügung stehen. Für viele Haushalte ist das Fleisch immer noch recht teuer, was zu bedauern ist, da es ein Nahrungsmittel von hohem Sättigungswerte darstellt. Viel zuwenig beachtet werden als wertvolle und im allgemeinen wesentlich billigere Eiweißträger die Fische, besonders der Seefisch. Er steht an Sättigungswert dem Fleisch keineswegs nach, wenn man nur ein wenig Kartoffeln, Fett oder Gemüse hinzu gibt oder ein etwas größeres Quantum Seefisch verzehrt. Wertvoll ist das Fischfleisch wegen seiner leichten Verdaulichkeit. Auch Vitamine und Salze werden uns, besonders bei den fetten Seefischen, reichlich zugeführt. In diesem Zusammenhang verdient im Herbst, und besonders in diesem Jahre, der Hering in seinen abwechslungsreichen Erscheinungsformen, als sauerer und marinierter Hering, als Bückling, als Sprotte usw., die besondere Beachtung der Hausfrau.

So läßt sich also mit ein wenig Wissen und ein bißchen Wollen unsere Kost im Herbst auch bei bescheidenen Mitteln „nahrhaft, gut und billig" gestalten.

—* **Für unsere Frontkrieger!** Als nach Beendigung des Weltkrieges 1914-18 das Frontheer aufgelöst wurde, hat es der Staat verabsäumt, den von der Walstatt heimgekehrten Kriegern ein Dankeszeichen, wie es früher und heute noch bei allen Staaten üblich, zu stiften, das ihre Verdienste um das Vaterland besonders hervorhebt, ihnen die Achtung der Mitwelt verbürgt und fernerhin die Jugend mit Ehrfurcht auf die alten Kämpfer um Deutschlands Sein oder Nichtsein zu blicken lehrt. In vollberechtigtem Verlangen nach Schaffung eines solchen Ehrenzeichens hat sich eine große Anzahl von Frontkämpfern selbst für ihre Sache eingesetzt und tragen heute bereits schon Tausende das „Preußische Kriegs-Ehrenkreuz" am schwarzweißen Ordensbande stolz auf ihre kriegerische Vergangenheit in großen Tagen. Die Zuerkennung des Ehrenzeichens nebst Besitzzeugnis erfolgt nach Prüfung des Antrages durch den Deutschen Krieger-Bund 1914-18 e. V. Landesgeschäftsstelle Freiburg i. B., Guntramstraße 10. Auskunft und Antragsbogen sind daselbst unter Beifügung von RM. —.40 in Briefmarken anzufordern. Auskunft über den Bund und die Kriegsehren- und Erinnerungsmedaillen von Sachsen, Baden, Württemberg und Bayern, sowie der staatl. kgl. ungarischen Kriegserinnerungs-Medaille und der staatl. Landesdenkmünze von Tirol (für West-, Ostfront-, Balkan-, Palästina- und Italienkämpfer) wird ebendaselbst erteilt. Die Verleihung der Ehrenzeichen geschieht im Rahmen der vom Reichsministerium des Innern erlassenen Bestimmungen. Der D. K. B. 1914-18 steht unter dem Protektorat hoher Persönlichkeiten und Führern im Weltkriege 1914-18.

Halver

—=) **Um das Licht** in der Kirche und dem Konfirmandensaal zu verbessern hat man heute morgen einige Bäume an der Nord- und Südseite der Kirche gefällt.

Kierspe

—r Das wöchentliche Ausprobieren der **Feuersirene** in Kierspe geschieht nicht mehr Sonnabends mittags um 1 Uhr sondern eine Stunde früher bereits um 12 Uhr. Geht also die Sirene um diese Zeit des Samstags dann handelt es sich nicht um einen Brandfall.

—s **Unsicherheit der Straße.** Am Freitag abend gegen 8 Uhr wurde auf einen Schäfer aus Kierspe ein Ueberfall verübt. Der Schäfer weilte mit seiner Herde in der Nähe von Eltinghausen, als plötzlich 2 Burschen über ihn herfielen, vermutlich hatten sie es auf Geld abgesehen. Der Ueberfallene setzte sich energisch zur Wehr, sodaß die Täter es dann doch vorzogen, die Flucht zu ergreifen. Da es bereits dunkelte, war eine Verfolgung nicht gut möglich, und entkamen die Täter durch Flucht in den nahen Wald. Der eine, der Wadenstrümpfe, Rucksack und Mütze trug, konnte etwa 22 Jahre alt sein, war etwa 1,60 m groß von gesetzter Gestalt. Der andere mochte etwa 30 Jahre alt sein, war etwa 1,70 m groß und schlank, und trug einen Hut. Beide Täter waren ohne Mantel. Bei dem kurzen Kampf muß der kleinere Verletzungen im Gesicht davon getragen haben.

—s Der **Verein für Geflügelzucht** hielt am Samstag abend eine Versammlung im Lokale von August Vollmann ab. Die Versammlung war um eine Woche verschoben worden, um aus den einlaufenden Antworten der einzelnen Vereine, die auf ein Rundschreiben des Vorstandes eventuell einliefen, ein Bild über die Möglichkeit der Kreisausstellung zu gewinnen. Die Antworten sind aber in Anfragen und neuen Vorschlägen gehalten, die durchaus nicht geeignet sind, als Grundlage der Veranstaltung zu dienen. Die größte Zahl der Vereine hat überhaupt noch nicht geantwortet. Da der Vorsitzende des Kreisvereins in dieser Woche wahrscheinlich die Stallschau vornimmt, so wird man vom Vorstand aus vorschlagen, diese am kommenden Sonnabend vorzunehmen, damit der Vorstand danach Gelegenheit hat, mit der Kreisleitung über die Ausstellung zu verhandeln. Zu der Stallschau wird ein Auto zur Verfügung gestellt. Die Schau beginnt bei der Zuchtstation des Herrn Ewald Markus Felderhof, und führt von dort aus an den Mitgliedern vorbei, die sich dazu gemeldet haben.

Kierspe-Bhf.

—b Auf eine **25jährige Tätigkeit** im Betriebe der Fa. Bender & Wirth hierselbst konnte am vergangenen Samstag der Fabrikarbeiter Johann Roth zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurden ihm seitens der Firma sowie seiner Mitarbeiter Ehrungen zu teil. Dem Jubilar unseren herzlichen Glückwunsch.

—b Der **Imkerverein Kierspe-Bhf.** hielt am Samstagabend im Hotel Bastian seine Mitgliederversammlung ab. Unter Punkt 1 der Tagesordnung wurde die Zuckerbeschaffung beraten. Da in diesem Jahre steuerfreier Zucker nicht zu erhalten ist, wurde ein gemeinsamer Bezug von Zucker zwecks billigerem Einkauf beschlossen. Lehrer i. R. Osenberg wurde mit der Beschaffung beauftragt. Lehrer Osenberg, welcher auf der Provinzialausstellung in Altenhundem als Preisrichter fungiert hat, erstattete einen ausführlichen Bericht über diese große Veranstaltung, mit welcher die Einweihung des staatlichen Lehrbienenstandes verbunden war. Der Bericht wurde mit großem Interesse verfolgt. Die Festsetzung des Honigpreises wurde unter Punkt 3 besprochen. Trotz der schlechten Honigernte sieht man sich mit Rücksicht auf die Ungunst der Verhältnisse gezwungen den Preis auf RM 1,70 anstatt im Vorjahre auf RM 1,80 per 1 Pfd. im Einheitsglas festzusetzen. Bei Rückgabe des Glases sollen 15 Pfg. vergütet werden. Unter Punkt 4 beschloß man, mit den Meinerzhagener Zuchtkollegen eine Zusammenkunft abzuhalten. Der Zeitpunkt für dieselbe wurde auf den 3. Oktober abends 8 Uhr festgelegt und als Treffpunkt die Gastwirtschaft von Ernst Grell in Weißenpferd bestimmt. Gelegentlich dieses Treffens wird der Ehrenvorsitzende Lehrer i. R. Osenberg einen Vortrag über „Die Einwinterung der Bienen" halten. Nach Besprechung einiger interner Züchterfragen wurde die Versammlung geschlossen.

—b Der **Brieftaubenliebhaberverein „Heimkehr"** Kierspe-Bhf. hielt am Samstag abend im Vereinslokal Bastian seine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende gab zunächst die Resultate des Preisfluges ab Gemünden über 190 km der Oberbergischen Reisevereinigung bekannt. Zu dem Fluge waren insgesamt 361 Jungtauben und 104 Alttauben gesetzt. Davon wurden 29 Jungtauben und 11 Alttauben vom hiesigen Verein gemeldet. An Preisen erhielten: Auf Jungtauben: Carl Borlinghaus den 3. und 50. Preis, Adolf Markus den 6. Preis, Heinrich Hagemann den 10., 46. und 75. Preis, Max Loskand den 20., 44., 65. und 80. Preis, Hohage und Pollmann den 49. und 55. Preis und Willi Reppel den 70. Preis. Auf Alttauben: Ad. Markus den 3. und 18. Preis und Max Loskand den 19. Preis. Die Aufnahme neuer Mitglieder wurde gutgeheißen und sollen dieselben dem Verein ab 1. 1. 1931 angehören. Dem Wunsche der Kiersper Mitglieder auf Austritt aus dem hiesigen und Gründung eines eigenen Vereins in Kierspe wurde entsprochen. Den austretenden Mitgliedern wurde ferner zur Bedingung gemacht, daß sie der Oberbergischen Reisevereinigung angehören müssen.

*

Hagen. Die Wirtschaftskatastrophe im Hagen-Schwelmer Gebiet. Schon seit längerer Zeit hat das Industriesterben im Kleineisengebiet Hagen-Schwelm stetig wachsenden Umfang angenommen. Ein Betrieb nach dem anderen mußte erst Einschränkungen vornehmen und dann schließlich stillegen. Die Hagener Gußstahlwerke (gegründet 1843) liegen seit Anfang 1931 still; sie wurden aufgekauft, übernommen von „einem Konsortium", um die Quote dieses alten Werkes zu übernehmen. Stillegelegt wurden die Schrauben- und Mutternfabriken Gerdes u. Co., Schwelm; Falkenroth u. Klein, Schwelm; Boedeker u. Ebbinghaus, Milspe; Kettler, Hagen; z. T. wurden die Betriebe ein Opfer der Konzentrationspolitik der Schrauben A.-G. Neuß, z. T. der vor wenigen Monaten gegründeten Schrauben-Union. — Der Hoesch-Konzern hat in der neueren Zeit zwei der ältesten Werke des hiesigen Bezirks übernommen: Die Gußstahlwerke Eicken u. Co. (gegründet 1851) und die Gußstahlwerke P. Harkordt u. Sohn, Wetter (gegründet 1780). Stillgelegt wurde vom Hoesch-Konzern die Abtlg. Hagen-Eckesey der Gußstahlwerke Eicken. — Die Grüntaler Eisenwerke (gegründet in den 60iger Jahren) gingen voriges Jahr in der Schmiedag auf, einem zum Hoesch-Konzern gehörenden Unternehmen. Von der Schmiedag wurden weiter aufgesogen die Werke: Eisen- und Stahlwarenfabrik Beyersmann, Hagen; C. Lange AG.; Fabrik für Eisenbahnbedarf, Hagen-Haspe; Gebr. Dörken, Gevelsberg u. a. Ueberall mußten in ungewöhnlich großem Umfange Kündigungen vorgenommen werden. Kürzlich wurde erst die Gebrüder Elbers A.-G. stillgelegt und die Eisenhandlungen A.-G. Gevelsberg waren gezwungen, ihren Konkurs anzumelden. Das große Sterben hat noch kein Ende. Ehedem war Hagen-Schwelm ein gesundes und lebensfähiges Wirtschaftsgebiet, das 40 bis 50 000 Arbeitern Beschäftigung bot. Heute ist fast alles zerschlagen und man weiß nicht, ob je die Riesenarbeit noch einmal geleistet werden kann, die notwendig ist, um dieses Wirtschaftsgebiet auf die Höhe der ehemaligen Blüte zu bringen.

2. Bezirks-Sängerfest des 5. Bezirks Halver-Schalksmühle

im Sängergau Lüdenscheid-Altena.

—=) **Halver,** den 14. Sept. 1931.

Zu einer großen Sängerkundgebung hatten die 9 Vereine des 5. Bezirks Halver-Schalksmühle zu gestern nachmittag in den Saal der Turnhalle eingeladen. Der Einladung war eine große Zahl Sangesfreunde aus nah und fern gefolgt, sodaß der große Saal der Turnhalle bis auf den letzten Platz besetzt war. Mitglieder der Feuerwehrkapelle, die sich zu einem kleinen Orchester zusammen getan hatten, eröffneten den Nachmittag mit einigen guten Musikvorträgen. Kurz vor 5 Uhr bestiegen die drei hiesigen Vereine, MGV. Liedertafel, MGV. Arion und Quartettverein Frohsinn, denen die Leitung des Festes übertragen war, das Podium. Mächtig erscholl aus den Kehlen des weit über 100 Sänger umfassenden Chores, unter der bewährten Leitung des Dirigenten Herrn Seuthe-Hagen das Westfalenlied von Diedrichs.

Es war eine gewaltige Tonfülle, die sich aus diesem prächtigen Chor ergoß und glauben wir der Zustimmung der ganzen Bürgerschaft von Halver gewiß zu sein, wenn wir die Frage aufwerfen: Ließe sich ein solch stattlicher Chor in Halver nicht unter einen Hut bringen? Der Bezirksvorsitzende Sangesbr. Schellhase ergriff dann im Anschluß hieran das Wort zu einer Begrüßung. Der Vortrag des allbekannten und beliebten „Westfalenliedes" sei der Gruß der Sänger im allgemeinen gewesen und gebe sich der angenehmen Hoffnung hin, daß durch diesen kurzen Auftakt der Hebel von der bedrückten Alltagsstimmung zu einer frohen fröhlichen Festesstimmung umgeschaltet sei. Herzlichen Willkommengruß entbot er allen von Nah und Fern herbei geeilten und dankte gleichzeitig für den zahlreichen Besuch, wodurch die Festhalle bis auf den letzten Platz besetzt sei. Insonderheit galt sein Gruß der Spitze unserer Behörde wie Herrn Bürgermeister Watermann und Gemeindevorsteher Fernholz. Sangesbrüderlichen Willkommensgruß entbot er allen Ehren und passiven Mitgliedern und insbesondere allen aktiven Sängern des 5. Bezirks und gab der Freude Ausdruck, wieder einmal eine schöne Feierstunde in engerer Freundschaft verleben zu dürfen. In schlichten Worten gedachte er noch des Wertes des deutschen Liedes und Gesanges. Trotz der schweren Not und Zeit bleibe unser liebes armes deutsches Volk gesegnet um seines Liedes willen. Das deutsche Volk habe sich neben wundersamen Ausdrücken, wie Heimat, Frieden, Mutter, ein Wort gegeben, unübersetzbar in andere Sprachen, ein Wort, in dessen Herzschlag alles Muten und Empfinden der ganzen Volksseele zusammengefaßt sei, das Wort Gemüt! In den Wirrnissen und Schrecknissen der letzten Jahrzehnte haben wir von diesem edlen Kulturgut leider viel verloren. Der Männerchöre heilichste Pflicht sei es und müsse es bleiben, das noch vorhandene Gut zu pflegen, zusammenzuhalten, und in die Herzen der deutschen Brüder und Schwestern hinein zu singen und so hinüber zu retten in eine hoffentlich bessere Zeit. All dieses zusammenfassend, habe nach langem Hin und Her zu dem Entschluß geführt, und ist die Not auch Berge hoch, dann singen wir erst recht.

Nunmehr folgten in abwechselnder Reihenfolge die Männerchöre die durchweg erkennen ließen, daß sie in allen Vorträgen ihr bestes hergaben. Alle Vorträge einer schärferen Kritik zu unterziehen, gestatten wir uns nicht und würde zu weit führen, jedoch kann nicht unbemerkt bleiben, daß sich zwischen den kleineren und größeren Chören eine gewisse Steigerung bemerkbar machte. Allem in allen wollen wir es dankbar anerkennen, daß es noch Männer gibt, die sich noch begeistern können für die schlichte Weise unseres deutschen Männergesanges, die den Jungbrunnen deutschen Volkstums rein erhalten.

Hagen, Schminkes Todesfahrt. Bei einer Trainingsfahrt für das am Sonntag stattfindende Hohensyburgrennen kam der Godesberger Motorradfahrer Schminke, der sich erst am Sonntag auf der Nürburg an zweiter Stelle placiert hatte, zu Tode. Der Godesberger fuhr mit einer Stundengeschwindigkeit von 120 bis 130 Kilometer vor der Zeche Gottessegen gegen einen Lieferwagen und erlitt einen Schädelbruch, der den sofortigen Tod des erfolgreichen Sportsmannes zur Folge hatte.

Sümmern. Von Wespen überfallen. Der Ziegenhirt Kaspar Fischer wurde gestern beim Hüten der Ziegen von einem Schwarm Wespen überfallen. Hirt und Ziegen wurden von den Wespen arg mitgenommen. Der Arbeiter H. H. konnte Fischer aus der gefährlichen Lage befreien.

Alfeld. Tödlicher Unglücksfall. Vor dem Getreideschuppen der Firma G. Ahlhorn-Alfeld ereignete sich auf dem Bahnhof Harbarnsen ein tödlicher Unglücksfall. Der Hofbesitzer Heinrich Klages aus Sehlem wollte Getreide abladen. Plötzlich scheuten durch einen vom Wagen herabfallenden Getreidesack die Pferde. Klages fiel vom Wagen und die Räder des beladenen Wagens gingen ihm über die Brust. Nach kurzer Zeit ist der Verunglückte seinen schweren Verletzungen erlegen.

Northeim. Versuchter Raubüberfall. Der Tischlermeister Schlemme aus Holtensen, der hier Gelder kassiert hatte, wurde auf der Landstraße auf dem Rückwege überfallen. Der unbekannte Täter hat mit einem Stein die Schädeldecke des Schlemme zertrümmert und hat dann die Flucht ergriffen. Seine Absicht, den Ueberfallenen zu berauben, ist nicht zur Ausführung gekommen. Der Schwerverletzte wurde in die Göttinger Klinik eingeliefert. Die Polizei hat die Nachforschungen sofort aufgenommen.

Silberborn (Kr. Uslar). Wohnhaus niedergebrannt. Auf dem Gute des Landwirts Heinrich Melching brach Feuer aus. Das Wohnhaus brannte bis auf die Grundmauern nieder. Das Vieh und die Stallungen konnten gerettet werden. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch unbekannt.

Hannover. Die Preußische Bergwerks- und Hütten-AG. Berlin und die Erdölgesellschaft Elwerath, haben gemeinsam eine neue Gesellschaft gegründet unter der Firma „Gewerkschaft deutsche Erdölraffinerie" mit dem Sitz in Hannover. Die Gewerkschaft Elwerath und die Preußag lassen im nahen Misburg eine Erdölraffinerie bauen, die allem Anschein nach in die neue Gesellschaft eingebracht werden soll.

Hannover. Freitod einer Studentin. Eine 21jährige Studentin, Annemarie O. aus Stuttgart, hatte hier in einem Hotel Wohnnug genommen. Als man sie einen ganzen Tag nicht sah und nichts von ihr hörte, öffnete man in der Annahme, daß irgend etwas passiert sein könnte, das Zimmer und fand sie nun tot im Badezimmer auf. Sie hatte sich die Pulsader geöffnet und war dann in der Badewanne verblutet. Aus einem hinterlassenen Brief der Studentin ergibt sich, daß sie willens war, sich das Leben zu nehmen.

Duderstadt. Reicher Kindersegen. Dem Werkmeister Heinrich Liese in Thalwenden, der zum zweiten Male verheiratet ist, wurde das einundzwanzigste Kind, ein Mädchen, geboren.

Detmold. 60000 Mark Fehlbetrag im Kreise. Der Kreistag des Amtes Detmold beschäftigte sich in seiner jüngsten Sitzung mit der Ausgleichung des Fehlbetrages im laufenden Etat. Nach erheblichen Abstrichen verbleibt ein Defizit von 60 000 RM. Die Biersteuer wurde um 100 Prozent erhöht, während die Erhöhung der Bürgersteuer und Kürzung der Erwerbslosen-Unterstützungen abgelehnt wurden. Vermutlich wird nun der Ertatsausgleich durch einen Staatskommissar erfolgen.

Lüneburg. Wieder Großfeuer. Die mit der Ernte gefüllte Scheune des Landwirts Schröder wurde ein Raub der Flammen. Verbrannt sind die Ernte von 60 Morgen Roggen sowie zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Der Schaden beträgt rund 30 000 Mark. Das Feuer ist auf Brandstiftung zurückzuführen. In der Nähe Lüneburgs brannte vor wenigen Tagen eine ebenfalls mit Erntevorräten gefüllte Scheune ab. Es wird vermutet, daß auch die Brände in der weiteren Umgebung der Stadt mit diesen in Verbindung stehen. Es scheint sich um eine Brandstifter-Zentrale zu handeln.

Aurich. Sechsjähriges Kind ertrunken. Das 6jährige Söhnchen des Kaufmanns Zeemanns ist beim Spielen ertrunken. Man vermißte das Kind und suchte den Ridding mit einem großen Netz ab. Dabei fand man die Leiche des Kindes.

Bad Oeynhausen. Zahlungseinstellung des Hohenzollern-Hotels. Infolge der sich immer mehr verschlechternden Wirtschaftslage, besonders im Fremdengewerbe hat sich die hiesige, mit einem Aktienkapital von 880 000 Mark arbeitende Familien-AG. Hohenzollern-Hotel, gezwungen gesehen, die Zahlungen einzustellen. Bereits in den letzten Jahren wiesen die Geschäftsberichte erhebliche Verluste auf. Das Geschäftsjahr 1929 erhöhte den Verlustbetrag von 151 606 Mark um weitere 26 768 Mark. Das abgelaufene Jahr schloß mit einem Verlust von 29 942 Mark, so daß der Verlustvortrag jetzt 208 318 Mark beträgt. Die Gesellschaft hat jetzt die Gläubiger um Zustimmung zur Einleitung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses gebeten.

Lüneburg. Wieder Erdsenkung. Hier sind neuerlich wieder Erdsenkungserscheinungen aufgetreten, und zwar diesmal im Garten des Rathauses. Durch Nachgrabungen an der Einbruchsstelle wurde ein altes Brunnengemäuer freigelegt. Auch das Rathaus selbst weist in direkter Fortsetzung der Erdsenkungslinie seit kurzem kleinere Risse auf. Mit den kürzlich gemeldeten Erdsenkungen in der Frommestraße stehen diese Senkungserscheinungen jedoch nicht im Zusammenhang.

Fintel (Kreis Rotenburg). Von der Kreuzotter gebissen. Zwei vierjährige Knaben fanden beim Spiel eine Kreuzotter. Einer der Jungen wurde von ihr gebissen, war sich der Gefahr, in der er schwebte, nicht bewußt, und spielte weiter. Erst als der Arm anzuschwellen begann und sich Schmerzen bemerkbar machten, lief er nach Hause. Ein Arzt machte eine Serumeinspritzung und rettete so das Kind, das bereits die Besinnung verloren hatte.

Oldenburg. **Mord auf der Landstraße** Der Landwirt Johann Heidemann aus Syuggewarden bei Burhave ist auf dem Wege von dort zu seiner Landstelle, etwa 250 Meter von Burhave entfernt, nächtlicherweile erschlagen worden. Am frühen Morgen fand man Heidemann im Graben tot auf. Der Weg ist auf etwa 300 Meter mit Birnbäumen bepflanzt. Nach der Tatortsspuren ist anzunehmen, daß Heidemann bei seinem Nachhausewege Diebe beim Stehlen von Birnen überrascht hat und von diesen überwältigt, verletzt, und in den Graben geworfen ist.

Bremerhaven. Amtsgelder unterschlagen. Auf Veranlassung des Magistrats ist der städtische Marktmeister H. unter dem dringenden Verdacht festgenommen, die Stadt Bremerhaven bei der durch ihn regelmäßig erfolgenden Einkassierung der Wochenmarktstandgelder um erhebliche Summen betrogen zu haben. Seine Verfehlungen sind durch das städtische Prüfungsamt festgestellt. Die Höhe der veruntreuten Beträge steht noch nicht fest, jedoch scheint es sicher, daß es sich um keine kleinen Summen handelt. Man will wissen, daß die Veruntreuungen bereits lange Jahre dauern. H. hatte sich ein Haus und weiter ein Auto gekauft.

Goldenstedt. Das Pferd als Lebensretter Starkes Klopfen weckte die Eheleute Landwirt und Straßenbauunternehmer Meyer in der Goldenstedter Heide gegen 3 Uhr morgens aus dem Schlaf. Im Hause war ein Brand ausgebrochen, der sehr rasch um sich griff und nur durch das Verhalten eines Pferdes, das vor Aufregung mächtig an die Stalltür schlug wurden die Bewohner gerettet. Das Haus und die Scheune wurden vernichtet, eine angebaute Schrotmühle blieb erhalten. Ueber die Entstehungsursache ist nichts Bestimmtes bekannt.

⊙ **Vier Menschen bei einem Brande ums Leben gekommen.** Im Anwesen eines Landwirts in Pleschen (ehemalige Provinz Posen) brannte eine Scheune mit den diesjährigen Erntevorräten und der Stall mit allem lebenden und toten Inventar nieder. Während der Aufräumungsarbeiten wurden unter den Trümmern der Scheune zwei Frauen und ein Mann, die dort genächtigt hatten, als verkohlte Leichen aufgefunden. Auch ein Knecht, der aus dem brennenden Stall seine Habseligkeiten retten wollte, kam in den Flammen um.

⊙ **„Nautilus" von Spitzbergen abgefahren. Wie von der Adventbai gemeldet wird, hat das U-Boot „Nautilus" Spitzbergen verlassen. Da ein sehr starker Schneesturm herrscht, hält man es für ausgeschlossen, daß der „Nautilus" direkt nach Reykjavik fahren wird; er wird wahrscheinlich einen norwegischen Nothafen anlaufen müssen.**

○ **Professor Schmidlin in Freiheit.** Professor Schmidlin aus Münster, der vor einigen Tagen im Elsaß auf Grund eines im Colmarer Autonomistenprozesses gefällten Urteils verhaftet worden war, ist provisorisch in Freiheit gesetzt worden und hat das Gefängnis in Colmar verlassen. Er hat sich noch am gleichen Tage nach Rom begeben.

⊙ **Ungewöhnliche Septemberhitze in Amerika. Newyork hatte am 11. September mit 35 Grad Celsius den heißesten Tag des Sommers und den heißesten 11. September überhaupt zu verzeichnen. Von der Hitzewelle wurde der gesamte Osten des Landes und ein großer Teil des mittleren Westens erfaßt. In der Mehrzahl der Städte wurden 32 Grad oder mehr gemessen.**

⊙ **Ein sechssprachiger Tonfilm zum fünfzehnjährigen Jubiläum der Sowjetmacht.** Der russische Regisseur Eisenstein hat von der Sowjetregierung den Auftrag erhalten, einen Tonfilm in sechs Sprachen zum fünfzehnjährigen Jubiläum der Sowjetmacht zu drehen. Der Film soll bis zum 7. November 1932 fertiggestellt sein; er soll mehrere Millionen Rubel kosten. Der Regisseur Eisenstein ist durch den „Potemkin"-Film bekannt geworden.

Die Lohnsaatbeizung mit Trockenbeizmitteln

Die früher allgemein übliche Beizung des Saatgetreides mit Beizlösungen ist in den letzten Jahren in steigendem Maße durch die Trockenbeizung ersetzt worden, bei der das Saatgut mit Beizpulvern bestäubt wird. Der Landwirt wird dadurch in den Stand gesetzt, die Beizung unmittelbar vor der Aussaat vorzunehmen, während er bei der Naßbeizung immer einige Tage warten mußte, bis das gebeizte Getreide für die Drillmaschine genügend abgetrocknet war, wodurch manchmal gutes Saatwetter nicht ausgenutzt werden konnte und die Beizung öfter unterblieb. In der Wirkung stehen die vom deutschen Pflanzenschutzdienst erprobten Trockenbeizmittel gegenüber den Naßbeizmitteln nicht zurück. Allerdings braucht man zur Trockenbeizung eine Maschine, da die sehr geringen Mengen Trockenbeizmittel, die auf das Getreide verstäubt werden, nur in einer geschlossenen drehbaren Trommel genügend mit dem Getreide gemischt werden können. Solche Trockenbeizapparate werden für jede Wirtschaftsgröße für billiges Geld von der Maschinen- und Beizmittelindustrie geliefert. Die Einführung der Trockenbeizung aber hat es auch Genossenschaften, Mühlen und Saatguthandlungen ermöglicht, Saatgetreide fertig gebeizt zu liefern und dadurch dem Landwirt die Arbeit des Beizens zu ersparen. Da solche Stellen fast immer auch Reinigungsanlagen besitzen, so sind sie in der Lage, Saatgetreide zu liefern, das von Unkrautsamen, Bruch, Spreu und Auswuchs gereinigt, gut sortiert und gebeizt ist und somit die höchste Gewähr für einen guten Auflauf und Feldbestand bietet und starke Einsparung an Saatgut gestattet. Die Benutzung solcher Lohnsaatbeizstellen kann also, wenn sie gut arbeiten, dem Landwirt empfohlen werden. Leider kann man dies nicht von allen Lohnsaatbeizstellen behaupten. Eine große Zahl arbeitet mit unbrauchbaren Apparaten, die eine einwandfreie Beizung nicht ermöglichen, sodaß entweder zu wenig oder zuviel Beizmittel auf das Saatgut gelangt und entweder die an ihm haftenden Schädlinge nicht abgetötet werden oder die Keimkraft geschädigt wird. Da durch eine nicht einwandfrei arbeitende Lohnsaatbeizstelle großer allgemeiner Schaden angerichtet werden kann, hat der Oberpräsident für die Provinz Westfalen mit Genehmigung des Landwirtschaftsministeriums eine Polizeiverordnung erlassen, durch die die Genehmigung für den Lohnsaatbeizbetrieb nur denjenigen Stellen erteilt wird, die über geeignete Beizapparate verfügen und die Gewähr bieten, daß die Beizung mit geeigneten Beizmitteln und in richtiger Weise durchgeführt wird. Diese amtlich genehmigten Lohnsaatbeizstellen stehen unter der Kontrolle der Hauptstelle für Pflanzenschutz in Münster, die sie in Gemeinschaft mit den Bezirksstellen (Landwirtschaftsschulen) ausübt. Diese Lohnsaatbeizstellen sind durch von der Hauptstelle für Pflanzenschutz in Münster abgestempelte Plakate gekennzeichnet. Wer sich vor Schaden bewahren will, benutze daher nur solche Stellen und lasse sich in besondere durch billige Angebote nicht verführen, zu anderen nicht — genehmigten und daher verbotenen — Lohnsaatbeizstellen zu gehen. Angebote, die unter 40 Pf. Beizlohn für 1 Ztr. Roggen oder Weizen liegen, sind stets verdächtig und meist wird auch der geringere Lohn fortgeworfen sein.

Der diesjährige Zustand des Saatgutes erfordert die gesteigerte Sorgfalt bei der Beizung. Der Roggen ist so stark von Schneeschimmel befallen, daß bei ungünstigem Winterwetter mit starken Auswinterungen zu rechnen ist, wenn die Beizung unterbleibt. Dieselbe darf keinesfalls mit Kupfervitriol vorgenommen werden, da dieses nicht gegen Schneeschimmel wirksam ist, andererseits die Keimkraft schwer schädigt. Auch der Weizen ist außerordentlich empfindlich gegen Kupfervitriol, und wer wirklich sparsam wirtschaften will, benutze die im Einkauf zwar etwas teueren modernen Beizmittel, wie sie auch in den amtlich genehmigten Lohnsaatbeizstellen allgemein angewendet werden.

Im hiesigen Bezirk sind als Lohnsaatbeizstellen amtlich genehmigt:

Bäuerliche Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Kierspe-Bh
Bäuerliche Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Lüdensch.-Wor

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 13. September.

Deutsche Reedereien erhalten 100 Millionen.

Berlin. Die Verhandlungen über die zweite Rate der nach dem amerikanischen Freigabegesetz den deutschen Reedereien und anderen Entschädigungsberechtigten zustehenden Beträge sind, wie im Schatzamt erklärt wird, nunmehr soweit fortgeschritten, daß demnächst mit der Auszahlung der insgesamt etwa 27 Millionen Dollar betragenden Rate zahlung an den Norddeutschen Lloyd, die Hapag und andere Inhaber von zuerkannten Forderungen begonnen werden dürfte.

Das Burgenland zehn Jahre bei Österreich.

Wien. Das Burgenland beging in feierlicher Weise die Zehnjahrfeier seiner Vereinigung mit Österreich. Der Landtag hielt eine Festsitzung ab, der der Bundespräsident und die Mitglieder der Regierung beiwohnten. Bundespräsident Miklas versicherte, ganz Österreich schließe sich heute in ungetrübter Freude und warmer Herzlichkeit der Festesfreude des Burgenlandes an. In einem kurzen Jahrzehnt sei der ganze Habitus des Landes österreichisch geworden.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Danksagung.

Allen denen, die beim Hinscheiden meiner lieben Frau, meiner in so herzlicher Weise gedacht haben, spreche ich hiermit meinen tiefgefühlten Dank aus.

Wilhelm Däumer.

Ehringhausen, den 14. Sept. 1931.

Evangel. Kirchengemeinde Halver.

Die Kurse unserer

Näh- und Handarbeitsschule

beginnen **am 1. Oktober im Konfirmandensaal.** Anmeldungen können sofort erfolgen bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Presbyteriums.

Stommel.

Führer und Wanderkarten

Kneebusch. Sauerlandführer **4.— Mark**

Führer durch das Hauptwegenetz des Sauerlandes, mit groß. Wegekarte **1.20 Mark**

Sauerlandkarte Einzige amtliche Ausgabe des S. G. V 1 : 50000 **1.50 Mark**

Uebersichtskarte über das Sauerland 1 : 210000. Mit Hauptwanderstrecken, Jugendherbergen usw. **0.60 Mark**

Buchhandlung

Wilh. Bell jr., Halver

Telefon 442.

Schlosser-Lehrling gesucht.

C. A. Winkhaus, Carthausen.

Tafelbirnen Ztr. Mk. 12.—

Gärtnerei Lange, Oestrich, Rheingau

Achenbach-Garagen ab Lager



Wellblech,- Stahl- u. Betonbauten jed. Art

Angebote u. Prospekte kostenlos

Gebr. Achenbach G. m. b. H. Eisen- u. Wellblechwerke Weidenau/Sieg Postfach Nr. 380

Vertr.: M. Krägeloh, Lüdenscheid Friesenstr. 20, Tel. 3896.

Bin Mittwoch morgen 7 Uhr bei Tasche, Brügge, 8 Uhr Bollwerk und um 9 Uhr in Kierspe-Bahnhof Tannenbaum mit



Ia. Oldenb. Schweinen zum Verkauf.

Kämper, Oenneking.

Du fragst noch?
And're wissen's lange schon,



Die kluge Hausfrau heizt nur „Union"!

Ingenieurschule Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungsbau, Flug-, Wärme-, Kältetechn., Landw. Maschin., Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik

Werkmeisterschule

Technikum Lage Lippe



Bauschule Architektur, Bauingenieurwesen, Eisenbau, Eisenbetonbau

Tonindustrie Ziegeleiingenieure Techniker, Ziegelmeist.

Lehrpläne frei

Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Gewinnauszug

5. Klasse 37. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

30. Ziehungstag — 12. September 1931

In der heutigen Schluß-Ziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 1000 M. und 2 Prämien zu 500000 M. auf Nr. 272909

Ferner fielen:

4 Gewinne zu 10000 M. 159546 320126
2 Gewinne zu 5000 M. 397646
8 Gewinne zu 3000 M. 77280 82297 278695 369346
30 Gewinne zu 2000 M. 7911 26902 58316 74632 115622 116825 124339 134452 172868 182687 200401 230578 269442 321972 395137
32 Gewinne zu 1000 M. 38314 80244 81902 114979 162044 180122 194653 216461 217368 276829 282234 293381 338734 353410 369981 392425
70 Gewinne zu 500 M. 6854 11963 23608 44079 48185 52141 75705 76141 104326 105487 107141 112613 134657 169592 184520 191003 216163 223056 232667 243757 275330 280581 295005 300490 307339 326227 332789 339129 346205 350884 353989 365795 374335 376192 398414

Westdeutscher Rundfunk

Dienstag, den 15. September.

6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Ba
7,00—8,00 Morgenkonzert.
8,00 Zeitangabe und Wiederholung d Wettervorhersage.
10,15—11,00 Schallplattenkonzert (Kristallplatte
11,00—11,10 Funkwerbung mit Schallplatten.
11,20—11,45 Schulfunk für Schüler aller Schul vom 12. Lebensjahre an: Mein Eig land. Lieder und Gedichte aus unse Schulbüchern, Leitung: Rektor Seide faden.
12,10 Schallplattenkonzert (Homocordplatten
12,50 Wetterbericht.
12,55 Nauener Zeitzeichen, Mittagsmeldung und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung: Wolf.
15,30 Wasserstandsmeldungen (Wiederholun Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
15,50—16,20 Kinderstunde. Els Vordemberg Guten Morgen — Gute Nacht!
16,20—16,30 Mitteilungen aus dem Schulfu
16,30—16,55 Heinz Steguweit: Die Dame den Stöckelschuhen.
17,00—18,00 Uebertragung vom Süddeut Rundfunk, Frankfurt: Vesperkonzert Württembergischen Tonkünstlerorchester Leitung: Wilhelm Walter, Solisti Lotte Mönch-Kruplat (Sopran); Flügel: Artur Haagen.
18,15—18,35 Deutsches Vaterland. Dr. Alfo Paquet: Flug von Frankfurt nach Nürnberg.
18,40—19,00 Französische Unterhaltung. Le Le Bourgeois — Lektor Rogué.
19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wi schaftsmeldungen und Sportvorberic
19,15—19,25 Zehn Minuten Funknachrichten.
19,30—19,55 Was jeder wissen sollte. Post Holzke: Neuerungen im Fernsprechverkehr.
19,55 Erste Meldungen.
20,00—20,30 Abendmusik des Kleinen Orch sters des Westdeutschen Rundfunk Leitung: Eysoldt.
20,30 Uebertragung von der Funkstunde Berli

Wir wollen helfen.

Abend der Deutschen Volkshilfe un Mitwirkung des Erwerbslosen-Orchester der Funkgemeinschaft erwerbsloser Schauspieler und der Gemeinschaft erwerbsloser Artisten. Ansprachen: Reichsinnenminister Dr. Wirth u. a.

Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht für das geistige Leben, Sportbericht.

Funkstille.